

Putschversuch in Ecuador

Regierung verhängt Ausnahmezustand

Präsident Correa verletzt ins Krankenhaus eingeliefert



In Ecuador sind am Donnerstag Proteste von Soldaten und Polizisten in einen Aufstand umgeschlagen. Staatspräsident Rafael Correa bezeichnete die Eskalation der Gewalt als „Putschversuch“ und verhängte den Ausnahmezustand. Nun soll das Militär die Ordnung in dem südamerikanischen Land wieder herstellen.

Am Vormittag hatten zunächst rund 150 Soldaten den Flughafen der Hauptstadt Quito besetzt und die Kontrolle der Einrichtung übernommen. Der Flugverkehr wurde laut einem Flughafensprecher in der Hauptstadt und in anderen Städten des Landes eingestellt. Fast zeitgleich stürmten Polizisten den Nationalkongress, auf den Strassen kam es laut Augenzeugen zudem zu Plünderungen von Geschäften und Banken durch Zivilisten. „Es ist ein Putschversuch, der von der Opposition und bestimmten Teilen der Armee und der Polizei geführt wird“ so Präsident Correa in einem Telefonat mit einem lokalen Fernsehsender.



Die Protestaktion hatte sich offiziell zunächst gegen ein Vorhaben der Regierung gerichtet, finanzielle Vergütungen für Polizisten und Soldaten zu streichen. Zudem gingen in Quito und weiteren Städten des Landes am Donnerstag tausende Polizisten auf die Strasse, um gegen die Kürzung von Dienstalterzulagen zu protestieren. Staatspräsident Correa versuchte vor aufgebrachtten Sicherheitskräften den Gesetzesentwurf zu verteidigen, geriet dabei jedoch in einen Tumult. Nach Berichten verschiedener ecuadorianischen Medien wurde er von einer Flasche eines Demonstranten am Kopf getroffen und soll ohnmächtig geworden sein. Bereits vorher schütteten Demonstranten einen Eimer Wasser über Correa, der daraufhin sein Hemd öffnete

und den Demonstranten zurief: „Schaut her, ich trage keinen ballistischen Schutz. Ich bin bereit, mein Leben zu geben“. Leibwächter des Staatsoberhauptes feuerten Tränengas in die aufgebraute Menge, Correa wurde umgehend in ein Krankenhaus eingeliefert.



Die argentinische Regierung hat umgehend ihre „Solidarität und aktives Engagement“ zu den von Präsident Rafael Correa geplanten Vorhaben verkündet. Auch Kolumbien sicherte dem Amtsinhaber Unterstützung zu. Venezuelas Präsident Hugo Chávez verurteilte den Putschversuch und rief die UNASUR und die „Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerikas“ (ALBA) zur „Wachsamkeit“ auf. Die USA äußerten ihre Ablehnung zum versuchten Putsch und bekräftigten ihre Unterstützung für die „demokratische Regierung“ von Rafael Correa. Die Nachbarstaaten Peru und Kolumbien haben inzwischen die Grenzen zu Ecuador geschlossen.



Nach Angaben aus Regierungskreisen ist ab sofort das Militär für die innere Sicherheit des Landes verantwortlich. „Die Polizei versuchte einen Aufstand gegen Präsident Rafael Correa. Für die Wiederherstellung der Ordnung in den Straßen von Quito ist nun das Militär zuständig“ so der Minister des Sicherheitsrates, Miguel Carvajal. Der Leiter des gemeinsamen Kommandos der Streitkräfte von Ecuador, General Ernesto Gonzalez, sicherte der Regierung die Unterstützung der Armee zu. Wegen der politischen Krise in Ecuador hat die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) eine Sondersitzung einberufen.

Bildquelle: Twitter

PUTSCHVERSUCH

Soldaten befreien Ecuadors Präsident Correa aus Klinik

In Ecuador ist eine Meuterei von Teilen der Polizei gescheitert. Eine Sondereinheit des Militärs befreite den Präsidenten Rafael Correa aus der Gewalt der Aufständischen.



Ecuadors Präsident Rafael Correa nach der Befreiung

Proteste meuternder Sicherheitskräfte hatten Ecuador an den Rand eines Putsches geführt. Aufständische Soldaten stürmten den Kongress und hielten stundenlang Präsident Rafael Correa in einem Krankenhaus fest. Inmitten heftiger Schusswechsel wurde nun der 47-Jährige von regierungstreuen Soldaten befreit und im Süden der Hauptstadt Quito in Sicherheit gebracht.

„Wir haben ihn herausgeholt“, sagte Vize-Innenminister Edwin Jarrin. Correa verließ das Polizeikrankenhaus in der Hauptstadt Quito am Donnerstagabend unter dem Schutz von Soldaten. Wenig später sprach er vom Balkon des Präsidentenpalastes zu seinen Anhängern und dankte ihnen für ihre Unterstützung, während er fast zwölf Stunden in dem Spital festgesessen hatte. Durch den Schusswechsel zu seiner Befreiung sei ein Polizist getötet worden, sagte er. Unter den regierungstreuen Soldaten gebe es fünf Verletzte. „Das war einer der traurigsten Tage meines Lebens“, sagte er.

Correa wurde in das Polizeikrankenhaus gebracht, nachdem vor einer Kaserne eine Tränengasbombe vor seinen Füßen explodiert war. Im Fernsehen sprach der Präsident von einem „Putschversuch“ und sagte, sein Leben sei in Gefahr. „Polizisten versuchen, über das Dach in mein Zimmer zu gelangen“, sagte er. Die Regierung rief den Ausnahmezustand aus. Nach fünfeinhalb Stunden äußerte sich Correa erneut über das Fernsehen und sagte, Hunderte Polizisten blockierten die Ausgänge des Krankenhauses. „Ich gehe hier als Präsident heraus oder tot“, sagte er weiter.

Zuvor hatten 150 aufständische Soldaten der Luftwaffe aus Wut über ein vom Parlament beschlossenes Gesetz über Kürzungen von Gehaltszuschlägen den internationalen Flughafen der Hauptstadt Quito besetzt. Polizisten stürmten das Kongress-Gebäude, während in den Städten Guayaquil und Cuenca die Polizei Kommissariate besetzte. Armeechef Ernesto Gonzalez stellte sich hinter den Präsidenten. Auch Polizeichef Freddy Martinez sagte, die Sicherheit

Correas sei gewährleistet. Nach Angaben von Quitos Bürgermeister Augusto Barrera wurde der Flughafen der Hauptstadt am Nachmittag wieder geöffnet.

Vor dem Krankenhaus kam es zu Zusammenstößen zwischen aufständischen Polizisten und Anhängern Correas, die vor das Gebäude gezogen waren. Nach Angaben des Roten Kreuzes wurden zwei Menschen getötet und mindestens 50 Menschen verletzt. Polizisten warfen nach Angaben von Augenzeugen Tränengasbomben, um die Anhänger auseinanderzutreiben. Präsidenten-Anhänger berichteten von Gewalt durch die Polizisten.

Die Meuterer hatten von Anfang an gesagt, dass sie keine politischen Absichten hätten, sondern es ihnen nur um die Wahrung ihrer Einkommen gehe. Auch aus den Reihen der Opposition hatte niemand von einem Umsturz gesprochen oder den Rücktritt Correas oder Neuwahlen gefordert.

Die USA sicherten Correa ihre Unterstützung zu. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zeigte sich angesichts der Ereignisse „sehr beunruhigt“ und rief alle Beteiligten dazu auf, die Krise friedlich beizulegen. Auch zahlreiche lateinamerikanische Staatschefs bekundeten Correa ihre Unterstützung. In Buenos Aires begann eine Dringlichkeitssitzung der Union der südamerikanischen Nationen (UNASUR). Auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wollte rasch über die Krise beraten. Peru und Kolumbien schlossen ihre Grenzen zum Nachbarland.

Correa regiert Ecuador seit Januar 2007. Bei Neuwahlen 2009 wurde der Sozialist für vier Jahre wiedergewählt. Die politische Lage in dem 14-Millionen-Einwohner-Land ist seit Langem instabil. In den vergangenen 13 Jahren wurde Ecuador von acht verschiedenen Präsidenten regiert.

SPIEGEL ONLINE 01.10.2010

Aufstand in Quito

Soldaten befreien Ecuadors Präsidenten

Unter dem Feuer von Maschinenpistolen haben ecuadorianische Militärs Präsident Rafael Correa befreit. Der Staatschef saß fast zwölf Stunden lang in einem Krankenhaus fest, das von meuternden Polizisten belagert wurde. Zwei Menschen wurden dem Roten Kreuz zufolge bei den Protesten getötet.

Quito – Für Ecuadors Präsidenten Rafael Correa waren es dramatische Stunden: Erst flüchtete er vor meuternden Polizisten, dann wurde er verletzt in ein Polizeikrankenhaus gebracht. Dort wurde er erneut belagert - bis Soldaten ihn nach einer wilden Schießerei befreiten.

Zwei Polizisten wurden nach Angaben des Roten Kreuzes bei der Befreiungsaktion getötet, 37 weitere Menschen seien verletzt worden.

Correa traf kurz darauf im Zentrum der ecuadorianischen Hauptstadt Quito beim Präsidentenpalast ein, wo ihn Tausende Anhänger erwarteten. Er dankte ihnen für die Unterstützung, während er fast zwölf Stunden in dem Spital festgesessen hatte. In einer flammenden Ansprache beklagte Correa, es sei „völlig unnötig ecuadorianisches Blut vergossen“ worden. Er dankte den südamerikanischen Staatschefs, die ihm ihre Unterstützung zugesagt hatten. Auch Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon hatte sich tief besorgt über die Lage in Ecuador geäußert.

Zahlreiche meuternde Polizisten und Soldaten blockierten am Donnerstag Straßen und besetzten den internationalen Flughafen Ecuadors. Etwa tausend Polizisten verbarrikadierten sich in

der größten Polizeikaserne der Hauptstadt Quito. Schulen, Banken, Geschäfte und andere Flughäfen im Land wurden vorsorglich geschlossen. Örtliche Medien berichteten von ersten Plünderungen.

Die Proteste richteten sich gegen ein am Mittwoch vom Kongress verabschiedetes Gesetz. Demnach sollen Angehörige von Polizei und Streitkräften nicht mehr mit jeder Beförderung Medaillen und Boni erhalten. Außerdem soll der Abstand zwischen zwei Beförderungen von fünf auf sieben Jahre angehoben werden. Das Gesetz ist noch nicht in Kraft getreten, weil es Correa noch nicht unterzeichnet hat. Es schien sich aber um einen spontanen Protest zu handeln. Hinweise darauf, dass er von der Opposition geplant wurde, gab es nicht.

Correa rief am Donnerstag den Ausnahmezustand aus. Er versuchte, die Protestierenden umzustimmen - und bekam ihre Wut zu spüren. Unter dem Einsatz von Tränengas durch seine Leibwache musste er in Sicherheit gebracht werden. Im ecuadorianischen Fernsehen war zu sehen, wie eine Tränengasgranate in unmittelbarer Nähe des Kopfes von Correa explodierte. Der Staatschef, der erst vor kurzem am Knie operiert worden war, verlor eine seiner Krücken und musste in ein bereitstehendes Auto getragen werden. Helfer streiften ihm eine schwarze Gasmaske über. Anschließend wurde der linksgerichtete Correa wegen Atembeschwerden infolge des Tränengases ins Polizeikrankenhaus in Quito gebracht.

Südamerikas Staatschefs sind besorgt – und Chávez twittert

Aus der Klinik sagte Correa telefonisch, die Unruhen seien ein Putschversuch der Opposition. Vor seiner Befreiung erklärte Correa, er sei praktisch ein Gefangener der Protestierenden. Die Klinik verlasse er nur als Präsident oder als Leiche. „Wenn Sie den Präsidenten töten wollen, dann tötet ihn. Aber ich weiche nicht zurück“, rief der für dramatische Szenen bekannte Staatschef.

Der Kommandeur der ecuadorianischen Streitkräfte äußerte seine Unterstützung für den Präsidenten. In einer im Fernsehen ausgestrahlten Ansprache erklärte er, das Militär stehe loyal zu Correa. Dabei rief er zu einer Wiederaufnahme des Dialogs auf. Dies sei "der einzige Weg, wie Ecuadorianer ihre Differenzen beilegen können". Der Polizeichef von Ecuador trat zurück.

Auch Correas innenpolitischer Rivale, der Bürgermeister von Guayaquil, Jaime Nebot, sprach sich gegen die Proteste aus. Er erklärte auf einer Pressekonferenz: „Kein Problem sollte mit Gewalt und Nichtachtung der Verfassung und der Gesetze gelöst werden.“

Von anderen Staatsführern der Region erhielt Correa Unterstützung. Sein venezolanischer Kollege Hugo Chávez erklärte über Twitter, die Demonstranten versuchten, den Präsidenten zu stürzen. „Viva Correa!!“, schrieb Chávez. Der peruanische Präsident Alan García erklärte, er werde die Grenzen zu Ecuador schließen, bis Correas „demokratische Autorität“ wiederhergestellt sei. Die kolumbianische Regierung forderte eine friedliche Lösung des Konflikts.

kgp/dapd/dpa

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Internationale Politik Freitag, 1. Oktober 2010

Putschversuch in Ecuador vereitelt

Präsident Correa durch loyale Militärs aus Polizeihospital befreit.

Bericht von Miriam Lang, RLS-Büro Quito.



Correa – Foto: Bernardo Londoy, Flickr

<http://multimedia.telesurtv.net/noticias/>

«Ich werde hier als Präsident rausgehen, oder aber als Kadaver. Meine Sicherheit ist keineswegs garantiert, ich werde aber unter keinen Umständen verhandeln. Als ich mich habe wählen lassen, wusste ich, worauf ich mich einlasse. Ich wollte diesen Posten nicht, um einen Stuhl warm zu halten.»

So die Worte des ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa, der gestern bis in die späten Abendstunden im Polizeihospital der Hauptstadt Quito festgehalten wurde, nachdem er von aufständischen Polizisten tödlich angegriffen worden war. Der Staatschef hatte vormittags versucht, den Aufstand in der Polizeikaserne Pichincha durch einen persönlichen Besuch zu beschwichtigen – hatte jedoch die Gemüter nur noch mehr angeheizt, was schließlich zu den Angriffen mit Tränengas und Fäusten führte. Am späten Nachmittag meldete er sich mit dem zitierten Telefoninterview erstmals öffentlich zu Wort.

Gegen 21 Uhr abends dann begann ein Gefecht zwischen loyalen Militärs und der im Hospital verschanzten aufständischen Nationalpolizei. Nach einer guten halben Stunde Schusswechsel gelang es, das Staatsoberhaupt in einem von Soldaten eskortierten Auto aus dem Hospital zu befreien. Wenig später sprach Correa vor tausenden Anhängern vom Balkon des Regierungspalasts: „Dies ist ein Tag tiefer Trauer. Wie konnten sie nur wegen etwas so banalem mit der Zukunft des Vaterlandes spielen?“ fragte er in Anspielung auf die aufständische Polizei, welche auf infame Weise manipuliert worden sei. Correa benannte auch die Kräfte, die seiner Ansicht nach hinter der Verschwörung stecken: Ex-Präsident – und Militär a.D. – Lucio Gutiérrez und seine Partei Sociedad Patriótica. Offenbar gab es im Lauf des Gefechts mehrere Verletzte, es kam jedoch niemand ums Leben.

Ecuador hat am gestrigen Tag die schwerste politische Krise seit dem Amtsantritt von Präsident Correa erlebt. Auslöser war ein Gesetz über den öffentlichen Dienst, das unter anderem eine Reihe von Boni und Auszeichnungen für Polizei und Militär abschafft, und vorgestern vom Parlament verabschiedet wurde – welches mit dieser Entscheidung ein Veto des Präsidenten gegen eine vorherige Version des Gesetzes ratifizierte.

Polizei verbrennt Autoreifen

Im ganzen Land kam es zu Unruhen: In der Hafenstadt Guayaquil wurden, da die Polizei nicht mehr für Sicherheit sorgte, zahlreiche Geschäfte und Bankautomaten geplündert. In Cuenca protestierten Studenten gewaltsam und verlangten ihrerseits eine Revision des Gesetzes über weiterführende Bildung. In der Hauptstadt Quito und in Latacunga waren die Flughäfen von der Luftwaffe besetzt und geschlossen. Die Hauptverkehrsstraßen in den Städten wurden von der Polizei gesperrt, die Autoreifen verbrannte.

Die gestrigen Ereignisse zeigen, wie fragil die politische und die Sicherheitslage in Ecuador derzeit sind. Die Polizeikräfte verweigerten ihren Vorgesetzten schlicht den Befehl, als diese sie zur Ordnung riefen, und erklärten den Aufstand. Während das Oberkommando der Streit-

kräfte seinen Rückhalt für die verfassungsmäßige Ordnung verkündete, reagierten die Truppen selbst nur sehr zögerlich auf den vom Präsidenten bereits in den Mittagsstunden verhängten Ausnahmezustand, und verließen stundenlang nicht die Kasernen. Auch sie forderten eine Revision des besagten Gesetzes, allerdings in verhaltenerem Ton.

Ab ein Uhr Mittags und bis zu den Abendnachrichten waren alle Radio- und Fernsehsender des Landes gleichgeschaltet und mussten die offizielle Version der Ereignisse übertragen. Eine „Vorabzensur“ der medialen Information“ ist bei Ausrufung des Ausnahmezustands zwar in Artikel 165 der neuen ecuadorianischen Verfassung vorgesehen, die Maßnahme führte aber dennoch zu Protesten. Eine Gruppe von oppositionellen Demonstranten stürmte am frühen Abend den staatlichen Fernsehsender Ecuador TV und verlangte unter Berufung auf die Meinungsfreiheit, ihre Sicht der Dinge darlegen zu können.

Während die meisten Staatsorgane, Intellektuelle und die indigenen Organisationen CONAIE und ECUARUNARI den Putschversuch zurückwiesen und die Verfassung von 2008 verteidigten, nutzten andere linke Kräfte die Gelegenheit, ihrem Zorn auf die Regierungspolitik Ausdruck zu verleihen und den Rücktritt des Präsidenten zu fordern: Gewerkschaften, die CONAIE-nahe Partei Pachakutik und die maoistische MPD machten Correas Politik für seine Lage verantwortlich und forderten andere gesellschaftliche Kräfte dazu auf, gemeinsam mit den von dem Gesetz betroffenen Beamten eine Einheitsfront gegen die Regierung zu bilden.

Sowohl Kritik als auch Solidarität

In der Tat hat sich Rafael Correa mit seinem autoritären Führungsstil und seiner geringen Dialogbereitschaft bei weitem nicht nur im rechten Lager Feinde gemacht. In den letzten Monaten hat seine Regierung eine Reihe Anti-Bergbau-Aktivistinnen und indigene Anführer des Terrorismus angeklagt, die Arbeiter des öffentlichen Diensts unterliegen einem generellen Streikverbot, und die Erdölgewerkschaften klagen ihn an, den wichtigsten Staatsbetrieb Petroecuador systematisch zu schwächen, indem er große Ölfelder an „befreundete“ Staatsunternehmen wie beispielsweise die venezolanische PDVSA konzessioniere. Kritiker bezichtigen den Präsidenten, die Verfassung selbst schon mehrmals gebrochen zu haben, beispielsweise mit dem Bergbaugesetz vom vergangenen Jahr.

Es muss sich nun zeigen, ob Rafael Correa aus den gestrigen Ereignissen seine Lehren zieht und für die Durchsetzung seiner Reformen künftig eher Dialog und Einigung sucht. Gestern Vormittag sah es jedenfalls noch nicht so aus: Medienberichten zufolge war es seine Absicht gewesen, in einer Pressekonferenz für kommenden Montag die Auflösung des Parlaments anzukündigen – welches seit Monaten große Schwierigkeiten hat, die 2008 verabschiedete Verfassung in Gesetze zu gießen. Die Fraktion der Regierungspartei Alianza País hat keine Mehrheit, der Präsident hat gegen die meisten verabschiedeten Gesetze ein Veto eingelegt, und auch ansonsten mischt sich die Exekutive recht häufig in die Arbeit der Legislative ein. Die Parlamentsauflösung würde zwar Neuwahlen nach sich ziehen, die zumindest im Parlament einen ungewissen Ausgang hätten – und auch Correa selbst müsste sich wieder den Wählern stellen – doch in der Zwischenzeit könnte er, wie im ersten Jahr seiner Amtszeit, wieder per Dekret regieren. Und diese Zwischenzeit würde einige Monate dauern, da sich aufgrund der neuen Verfassung alle Parteien vor den nächsten Wahlen erst neu registrieren lassen müssten. Eine Option, die vielleicht so manche Reform schneller auf den Weg bringen würde, die jedoch mit noch mehr Macht für die Exekutive die Demokratie im Land sicherlich nicht festigen würde.

Aus dem Ausland bekam die Regierung Correa gestern starken Rückhalt. Nicht nur die OAS und die Mitglieder der Union südamerikanischer Staaten, UNASUR, sprachen sich für die verfassungsmäßige Ordnung in Ecuador aus. Auch Kolumbiens neuer Präsident Manuel Santos, der erst vor kurzem die Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder verbessert hatte, versicherte Correa seines vollen Rückhalts – ebenso wie der konservative Piñera aus Chile

und Alán García aus dem benachbarten Peru. Boliviens Präsident Evo Morales rief seine Präsidentenkollegen gar auf, umgehend nach Ecuador zu reisen, um das Leben von Rafael Correa zu retten.

Hintergrund 01.10.2010

Gescheiterter Putschversuch in Ecuador

Treiben die USA ein doppeltes Spiel?

Von THOMAS WAGNER, 1. Oktober 2010

Ungewöhnlich rasch nachdem bekannt geworden war, dass der Präsident Ecuadors von „meuternden“ Polizisten verletzt und gewaltsam festgehalten worden war, ließ US-Außenministerin Hillary Clinton in einer Pressemeldung verlauten: „Die USA verurteilen Gewalt und Gesetzlosigkeit und drücken Präsident Rafael Correa sowie den demokratischen Institutionen des Landes unsere volle Unterstützung aus“.

Nun gibt es jedoch ernstzunehmende Hinweise darauf, dass der US-Auslandsgeheimdienst CIA selbst in den in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag niedergeschlagenen Putschversuch verwickelt oder sogar die treibende Kraft dahinter gewesen sein könnte.

Noch am Donnerstag (Ortszeit) ist Correa in einer dramatischen Aktion vom Militär aus dem Polizei-Hospital befreit worden, in dem er seit Donnerstagmorgen von den aufständischen Polizisten festgehalten worden war. Zuvor hatte sich der Staatschef in Quito zu einem Polizeiregiment begeben, um den Dialog zu suchen.

Im Verlauf der zunächst verbalen Auseinandersetzung riss er sich vor den johlenden Beamten die Krawatte vom Hals und knöpfte sich das Hemd auf, um zu zeigen, dass er keine kugelsichere Weste trägt. „Wenn ihr den Präsidenten töten wollt, dann tötet ihn. Aber ich weiche nicht zurück“, sagte Correa.

Angriff auf den Präsidenten

Im Fernsehen war zu sehen, wie dann eine Tränengasgranate in unmittelbarer Nähe des Kopfes von Correa explodierte. Der Staatschef, der erst vor kurzem am Knie operiert worden war, verlor eine seiner Krücken und musste in ein bereitstehendes Auto getragen werden. Helfer streiften ihm eine schwarze Gasmasken über. In einem Polizei-Krankenhaus wurde der Präsident über einen Tropf mit Serum versorgt, aber von den Beamten auch daran gehindert, das Gebäude zu verlassen.

Ein Augenzeuge aus Ecuador berichtete dem Internetportal amerika21: „Als er den aufgeführten Polizisten entgegen gerufen hat, „Wenn ihr mich töten wollt, tötet mich!“, haben Polizisten Tränengasgranaten auf ihn abgefeuert. Er ist dann von der Polizei in ein Polizeikrankenhaus gebracht und dort behandelt worden. Anschließend wurde er den ganzen Tag von der Polizei in dem Krankenhaus gegen seinen Willen festgehalten – bis er am Abend von einer Spezialeinheit der Armee befreit wurde.“ (1)

Die aufständischen Polizisten sollen in einigen Städten wichtige Straßen und Brücken zum Teil mit brennenden Reifen blockiert haben. In Quito und anderen Städten kam es zu Plünderungen von Geschäften und Angriffen auf Banken. Aufgrund der unsicheren Lage waren am Nachmittag die Schulen und Hochschulen sowie viele Geschäfte und Banken geschlossen worden. Einzelne Personen, die den Polizeiaufstand unterstützten, haben einen öffentlichen

Fernsehsender erstürmt, ohne jedoch die Ausstrahlung des Programms unterbinden zu können. (2)

Militärische Befreiungsaktion

Die Befreiung des Präsidenten durch loyale Armeeeinheiten gegen 21.30 Uhr (Ortszeit) ist live im ecuadorianischen Fernsehen parallel auf allen staatlichen und privaten Fernsehsendern übertragen worden. Die Gefechte, in deren Folge nach Angaben des Roten Kreuzes zwei Polizisten getötet und mindestens 37 Personen verletzt wurden, (3) sollen rund 20 Minuten gedauert haben. Zuvor waren allein in den Krankenhäusern der Hauptstadt bereits mindestens 50 Menschen behandelt worden, die gegen die Festnahme des im Volk sehr beliebten Präsidenten protestiert hatten und dabei mit aufständischen Polizeikräften zusammengestoßen waren. Ein Sprecher des Roten Kreuzes berichtete, die Menschen seien durch Bleigeschosse und Tränengas verletzt worden. (4)

Schon kurz nach seiner Befreiung hielt Correa vor tausenden Anhängern eine Rede vom Balkon des Präsidentenpalastes. Er dankte seinen Anhängern in einer flammenden Ansprache und sagte, es sei „völlig unnötig ecuadorianisches Blut vergossen“ worden. Er versicherte, dass er den Forderungen der Putschisten nicht nachgeben werde: „Aus dem Spital wäre ich entweder als Leiche oder als würdiger Präsident herausgekommen“, sagte der Staatschef. „Hier wird nichts vergeben und nichts vergessen“, warnte Correa.

Der Präsident schloss seine Rede mit den Worten: „Nichts und niemand wird die Bürgerrevolution stoppen. Hasta la victoria siempre!“ Ein Augenzeuge berichtete, dass im Anschluss an seine Rede zunächst die ecuadorianische Nationalhymne gespielt und gesungen wurde. Dann sei das Lied „El pueblo unido“ erklingen. Dabei habe Correa zusammen mit seinen Ministern und vielen tausend Anhängern in den Refrain eingestimmt: „Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden.“ (5)

Der Präsident warf den Polizisten vor, sie hätten sich vor den Karren des früheren Präsidenten Lucio Gutierrez spannen lassen, der einen Umsturz versucht habe. Noch aus dem Krankenhaus heraus hatte er deshalb den Ausnahmezustand verhängen lassen. Gutierrez wies die Vorwürfe in einem Telefoninterview mit dem US-Sender *CNN* zurück.

Internationale Solidarität

Correa hat nach Worten seines bolivianischen Amtskollegen Evo Morales ernsthaft um sein Leben gefürchtet. „Ich habe vor kurzem mit ihm telefoniert. Präsident Correa fürchtet um sein Leben. Wir müssen sein Leben retten“, sagte Morales am Donnerstag in La Paz. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, Generaldirektor der Organisation Amerikanischer Staaten (oas), José Miguel Insulza, und die Regierungen von Paraguay, Kolumbien, Chile, Nicaragua, Venezuela, Peru und Kuba verurteilten den Putschversuch. Havanna forderte die US-Regierung auf, das Vorgehen der Polizisten in Ecuador zu verurteilen.

Auch der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Ramind Mehmanparast, betonte noch am Donnerstagabend die entschiedene Unterstützung Irans für die Regierung und gesetzliche Koalition von Präsident Rafael Correa Delgado. Mehmanparast zeigte sich besorgt über die jüngsten Entwicklungen in Ecuador und forderte alle Seiten zur Respektierung der Gesetzherrschaft und des Demokratisierungsprozesses in diesem Land auf. (6)

Falschinformationen

Der Anlass des Putschversuchs waren nach Aussage der revoltierenden Polizisten die gegenwärtigen Sparmaßnahmen der linksgerichteten Regierung. Erst am Mittwoch war ein Gesetz zur Neuregelung des öffentlichen Dienstes durch die Nationalversammlung Ecuadors verabschiedet worden, das laut Regierung eine Reihe von Privilegien von Angestellten im öffentlichen Dienst einschränken sollte. Auch von links soll es in den vergangenen Wochen Kritik an

verschiedenen Gesetzen gegeben haben, mit denen der öffentlichen Dienst und das Hochschulsystem in Ecuador neu geregelt werden sollen. Präsident Correa warf der Opposition in einem Telefoninterview vor, die Krise durch Falschinformationen ausgelöst zu haben. Denn erst unter seiner Regierung seien die Gehälter der Polizisten verdoppelt worden.

Einige deutsche Medien unterstützen die Version, dass es sich nicht um einen Putschversuch, sondern um eine unpolitische Meuterei gehandelt habe. So hieß es bei *dpa*: „Die Meuterer hatten jedoch von Anfang an gesagt, dass sie keine politischen Absichten hätten, sondern es ihnen nur um die Wahrung ihrer Einkommen gehe. Auch aus den Reihen der Opposition hatte niemand von einem Umsturz gesprochen oder den Rücktritt Correas oder Neuwahlen gefordert.“

Gegen diese Darstellung spricht zunächst schon der ganze Handlungsablauf und die Beteiligung von zumindest Teilen der Streitkräfte, die den internationalen Flughafen der Hauptstadt kurzzeitig besetzt hielten, um die aufständischen Polizisten zu unterstützen. Außerdem gibt es ernsthafte Hinweise auf eine verdeckte CIA-Operation in den Reihen der ecuadorianischen Polizei.

Hinweise auf CIA-Aktivitäten

Einem Bericht des Internet-Portals *amerika21* zufolge hat der Auslandsgeheimdienst der USA möglicherweise seit Jahren die ecuadorianische Polizei infiltriert. Das auf Lateinamerika spezialisierte Presseorgan bezieht sich dabei auf Angaben des kanadischen Journalisten Jean Guy Allard.

Die Aktivitäten der US-Dienste, so Allard, seien schon in einem Bericht des ecuadorianischen Verteidigungsministeriums aus dem Jahr 2008 festgestellt worden. In diesem Dokument wurde nachgewiesen, wie verschiedene Mitglieder des Polizeikorps eine „Abhängigkeit“ gegenüber der US-Botschaft in Ecuador entwickelt haben durch „Bezahlung von Informanten, Ausbildung, Ausrüstung und Operationen“. Allard zitiert auch den ehemaligen CIA-Agenten und Kritiker des Geheimdienstes, Philip Agee, der diese Vorgehensweise bei mehreren Gelegenheiten angeprangert hat. In einem offiziellen Bericht über die Aktivitäten der US-Dienste habe der ecuadorianische Verteidigungsminister Javier Ponce vor zwei Jahren erklärt, wie US-Diplomaten Polizei und Offiziere der Streitkräfte Ecuadors korrumpieren. Allard weist nun darauf hin, dass besonders in den letzten Monaten „US-Funktionäre in Ecuador aufgetaucht sind“. Sie seien mit der Begründung in das südamerikanische Land gekommen, die Beziehungen zwischen Quito und Washington zu vertiefen. Unter den US-Funktionären, die nach Ecuador reisten, befand sich der Lateinamerika-Beauftragte des US-Außenministeriums, Arturo Valenzuela. Allard schreibt, dass Valenzuela – ein erklärter Kritiker der anti-neoliberalen Regierungen in Lateinamerika – bei seiner Ecuador-Reise von Tedd Stern begleitet wurde, dem Sonderdelegierten für den Klimawandel. Auch Sterns Verbindungen zur CIA seien bekannt, so Allard.“ (7)

(1) <http://amerika21.de/nachrichten/2010/10/14857/als-augenzeuge-ecuador>

(2) <http://amerika21.de/nachrichten/2010/10/14857/als-augenzeuge-ecuador>

(3) <http://www.stern.de/news2/aktuell/proteste-von-polizisten-zwei-tote-und-37-verletzte-bei-unruhen-in-ecuador-1609327.html>

(4) <http://www.stern.de/news2/aktuell/mindestens-50-verletzte-bei-zusammenstoessen-in-ecuador-1609305.html>

(5) <http://amerika21.de/nachrichten/2010/10/14857/als-augenzeuge-ecuador>

(6) <http://german.irib.ir/nachrichten/politik/item/115865-iran-sichert-der-gesetzlichen-regierung-von-ecuador-unterstuetzung-zu>

(7) <http://amerika21.de/nachrichten/2010/10/14854/putsch-cia-ecuador>

Putschversuch in Ecuador gescheitert

Polizisten rebellierten. Internationale Solidarität mit Präsident Rafael Correa. Kritik an Bundesregierung

Von André Scheer

In Ecuador sind am Donnerstag (30. Sep.) Auseinandersetzungen um Bonuszahlungen für Polizeibeamte zu einem Putschversuch gegen Staatspräsident Rafael Correa eskaliert. Meuternde Polizisten besetzten den internationalen Flughafen der Hauptstadt Quito und stürmten einen Fernsehsender und das Parlamentsgebäude. Als Correa versuchte, mit den Beamten ins Gespräch zu kommen, wurde er von diesen tödlich angegriffen und mit einer Tränengasgranate beworfen. Verletzt wurde er in ein Krankenhaus gebracht, das von den Aufständischen daraufhin belagert wurde. In einem Telefongespräch mit dem staatlichen Rundfunk erklärte der Staatschef, er fürchte um sein Leben. Erst nach zwölf Stunden konnten regierungstreue Militärs das Gebäude stürmen und Correa befreien. Bei Gefechten wurden Informationen des Roten Kreuzes zufolge mindestens drei Menschen getötet. Die Regierung verhängte für fünf Tage den Ausnahmezustand über das Land.

Ursprünglicher Hintergrund der Proteste war eine Gesetzesänderung, die das Parlament am Mittwoch (29. Sep.) beschlossen hatte. Die meuternden Polizisten sahen darin eine Gehaltskürzung. Correa wies dies zurück. Tatsächlich seien finanzielle Prämien gestrichen worden, die bei Beförderungen ausgezahlt wurden. Die dafür bislang aufgewendeten 15 Millionen US-Dollar im Jahr sollten statt dessen in eine Verbesserung der Lebensbedingungen aller Polizisten investiert werden. Ecuadors Polizeichef Freddy Martínez erklärte am Freitag (1. Okt.) seinen Rücktritt, nachdem es ihm am Donnerstag (30. Sep.) nicht gelungen war, die Polizisten zu beruhigen.

Noch während Correa um sein Leben fürchten mußte, gingen in Quito und anderen Städten des Landes Tausende Menschen gegen die Putschisten auf die Straße. Angeführt von Ecuadors Außenminister Ricardo Patiño, zogen sie zu dem belagerten Krankenhaus. Dort versperrten ihnen die rebellierenden Beamten den Weg und setzten Tränengas gegen die Menge ein. Augenzeugen berichteten auch von Schüssen.

International wurden die Ereignisse mit Bestürzung aufgenommen. Noch in der Nacht zum Freitag (1. Okt.) versammelten sich sieben südamerikanische Staats- und Regierungschefs in Buenos Aires zu einem außerordentlichen Gipfeltreffen der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR). Noch am Freitag reisten außerdem die Außenminister der Mitgliedsstaaten zu einem Solidaritätsbesuch nach Quito. Bundesaußenminister Guido Westerwelle reagierte hingegen erst am Freitag nachmittag auf die Ereignisse und rief zu einem Gewaltverzicht auf. Für die Außenpolitikerin Sevim Dagdelen (Die Linke) wirft diese »nicht eindeutige Verurteilung« des versuchten Staatsstreichs »nach der FDP-Unterstützung für den Putsch in Honduras erneut ein trübes Licht auf die deutsche Außenpolitik hinsichtlich Lateinamerika«. Es sei schon bemerkenswert, daß sich die Bundesregierung im Gegensatz zu Spanien und Frankreich erst nach dem Scheitern des Putsches erklärt habe, so die Abgeordnete gegenüber jW. Auch Linke-Fraktionschef Gregor Gysi solidarisierte sich mit Correa und forderte die Bundesregierung auf, den Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung zu verurteilen.

12.10.2010

CIA-Veteran hinter Putschversuch in Ecuador

US-Institutionen bauen gezielt Netzwerke in der indigenen Bewegung des südamerikanischen Landes auf. Direkte Verbindung zu Putschversuch

Von Eva Golinger (Übersetzung: Eva Haule, Caracas), *amerika21.de*

In Ecuador ist man nicht sonderlich erstaunt, dass die USA in den jüngsten Putschversuch in diesem Land verstrickt sind. Laut einer Umfrage des US-Umfrageinstitutes Asisa glauben über 50 Prozent der Ecuadorianer, dass die USA die Revolte gegen Ecuadors Präsidenten Rafael Correa Ende September unterstützt haben.

Der ehemalige CIA-Angehörige Philip Agee berichtete bereits in den 1970er Jahren in seinem Buch „Inside the Company: CIA Diary“ wie er selbst einen Einsatz leitete, um die fortschrittliche Regierung von José Maria Velasco in Ecuador zu unterminieren – bis zu ihrer gewaltsamen Entmachtung. Agee schildert, wie die CIA gesellschaftliche Organisationen, politische Bewegungen, Massenmedien und Gewerkschaften – sowohl im rechten als auch im linken Spektrum – infiltrierte. Schließlich gelang es ihr sogar, Agenten innerhalb der Regierungsbehörden anzuwerben, um den Staatsapparat von innen zu sabotieren. Der Einsatz war äußerst effektiv. Es dauerte nur ein Jahr, bis die Regierung von Velasco stürzte.

Velasco wurde von seinem Stellvertreter Julio Arosemana abgelöst, der wegen seiner engen Beziehungen zu Kuba rasch das Wohlwollen aus Washington verlor. Auch er wurde in einem Militärputsch am 11. Juli 1963 gestürzt. Auch dieser Umsturz wurde von der CIA organisiert.

John Perkins berichtete später in seinem Buch „Bekanntnisse eines Economic Hit Mans“, wie Washington den Präsidenten Jamie Roldós Aguilera umbrachte, einen fortschrittlichen Ecuadorianer, der bei einem Flugzeugunglück 1981 umkam. Die genauen Umstände dieses Unglücks sind bis heute nicht geklärt. Roldós Aguilera war nur zwei Jahre an der Macht.

Perkins deutete an, dass etwas ähnliches auch Präsident Rafael Correa zustoßen könnte. Gründe dafür seien seiner anti-neoliberale Politik, seinen Beziehungen mit Venezuela, Kuba und Iran sowie seine Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt, die Kontrolle über die reiche Erdölindustrie in Ecuador zum Nutzen seines Landes wiederzuerlangen.

Diese Vorhersage bewahrheitete sich am 30. September dieses Jahres, als Putschkräfte einen Staatsstreich versuchten und Präsident Correa sogar ermorden wollten.

Die von der Botschaft der USA unterwanderte nationale Polizei – diese Infiltration wurde in einem Bericht des Verteidigungsministeriums Ecuadors 2008 nachgewiesen – war Auslöser der Krise Ende September. Absolventen der US-Militärakademie „School of the Americas“ wie Oberst Manuel E. Rivadeneira Tello führten die Bestrebungen zur Ermordung von Präsident Correa an, als das Präsidentenfahrzeug während der Rettungsaktion beschossen wurde.

Aber es gibt noch eine andere Figur, die aus dem Hintergrund die Destabilisierungskampagne gegen die Regierung Correa leitete, indem er die indigenen Bewegungen sowie sozialen und politischen Organisationen der „Linken“ infiltrierte.

Philip Agee berichtete über Jahrzehnte hinweg, wie die US-Behörde für Entwicklungshilfe USAID als CIA-Tarnorganisation diente, um Geldmittel für Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Kommunikationsmedien zu kanalisieren. In den 1980er Jahren schuf die

US-Regierung zudem eine weitere Einrichtung, um diese Arbeit mit legitimerer Fassade durchzuführen.

1983 entstand die US- Stiftung National Endowment for Democracy (NED) auf der Basis von Gesetzen des US-Kongresses. Der Auftrag lautete, fortan in aller Welt „Demokratie zu fördern“. Es war ein Projekt, das von der US-Regierung unter Ronald Reagan und seinen engsten Beratern gefördert wurde, unter ihnen Norman A. Bailey, damals Sonderbeauftragter des US-Präsidenten für Angelegenheiten der Nationalen Sicherheit.

Der NED wurde erstmals in Nicaragua genutzt, um die sandinistische Regierung zu destabilisieren. Die dafür Verantwortlichen erreichten ihr Ziel nach sechs Jahren harter Arbeit, in deren Verlauf sie alle Bereiche der Zivilgesellschaft im sandinistischen Nicaragua unterwanderten, um Auseinandersetzungen anzuheizen und das Volk zu zermürben. Nach ihrem Erfolg in Nicaragua wurde der NED zur Hauptagentur für die Finanzierung und Beratung von Bewegungen der „Zivilgesellschaft“, die vorteilhaft für die US-Interessen agieren. In Venezuela finanzierte das NED alle in den Staatsstreich gegen Präsident Chávez im April 2002 verwickelten Gruppen und hat seitdem weiterhin die politische Opposition gegen Chávez finanziert.

Wo auch immer eine Regierung nicht mit der Agenda der USA übereinstimmt, ist der NED zur Stelle und finanziert die Destabilisierung. Ecuador entkommt dieser traurigen Realität nicht. Denn auch in den jüngsten Putschversuch in Ecuador verwickelte Gruppen haben Verbindungen mit dem NED und der USAID. Aber vor allem ein Kontakt beweist die weitgreifende Operation, die Washington gegen die Regierung von Rafael Correa begonnen hat.

Am 12. Juli 2005 schickte der Chef der Strategischen Abteilung für Entwicklung der USAID in Ecuador eine E-Mail an die anderen Vertreter der USAID in Quito, in der er seine Besorgnis über den „chavistischen“ Einfluss in Ecuador ausdrückte. Die Botschaft beinhaltete eine Reihe von Texten, die zunehmende Beziehung zwischen Venezuela, Kuba und Ecuador aufzeigen sollten.

Im gleichen Jahr noch wurde die Indigene Unternehmervereinigung von Ecuador (CEIE) gegründet, eine Organisation, die sich mit der „Förderung der lokalen und regionalen Wirtschaftsentwicklung in indigenen Siedlungen“ beschäftigt. In Ecuador ist allgemein bekannt, dass die Stimmen der indigenen Völker von grundlegender Bedeutung sind, um regierungsfähig zu sein. Die Kandidaten, die die Unterstützung der indigenen Netzwerke und Bewegungen erlangen, sind normalerweise auch die Sieger der Wahlen. Und in Ecuador sollten im Folgejahr 2006 Präsidentschaftswahlen stattfinden.

Die CEIE entstand mit Geldern des NED und der USAID. Gegründet wurde sie von Ángel Medina, Mariano Curicama, Lourdes Tibán, Fernando Navarro und Raúl Gangotena. Interessanterweise findet sich Norman Bailey, US-Geheimdienstagent und Experte in verdeckten Operationen, unter ihren drei Ehrenmitgliedern.

Bailey war Mitglied der US-Streitkräfte, in denen er sich auf strategische Aufklärung spezialisierte. Er war Ökonom des Erdölkonzerns Mobile International Oil. Während dieser Tätigkeit studierte und analysierte er die weltweite Erdölindustrie. Er gründete das Unternehmen Overseas Equity Inc., ein internationaler Finanzberater. Später schloss er sich dem Finanzunternehmen Bailey, Tondou, Warwick & Co. an, dessen Vorsitz er übernahm. Diese Firma befasste sich mit Schuldenzahlungen der Entwicklungsländer.

1981 wurde Bailey zum Sonderbeauftragten von US-Präsident Ronald Reagan für Angelegenheiten der Nationalen Sicherheit und zum Leiter für Internationale wirtschaftliche Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat des Weißen Hauses ernannt. Ab 1984 war Bailey Berater verschiedener Regierungsagenturen, Konzerne, Banken, Finanzinstitutionen und multinationalen Unternehmen in fünf Kontinenten.

2006 beschloss der damalige US-amerikanische Director of National Intelligence (Koordinator aller 15 US-amerikanischen Nachrichtendienste, d. Red.), John Negroponte, die Sondermission der Geheimdienste für Venezuela und Kuba zu schaffen. Norman A. Bailey wurde ernannt, um diese Mission zu leiten.

Es war das erste Mal in der US-Geschichte, dass die Geheimdienste Sondermissionen auf hohem Niveau für bestimmte Länder schufen. Allein drei solche Missionen wurden 2006 gegründet: für Iran, Nordkorea und Venezuela/Kuba.

Mit einem Budget von vielen Millionen steigerte Bailey die Destabilisierungsoperationen gegen die Regierungen in Caracas und Havanna. Gleichzeitig wurde jede andere Regierung oder Bewegung in der Region, die sich mit Venezuela oder Kuba verbündete, Ziel der verdeckten Operationen Baileys.

Obwohl Bailey 2007 die Sondermission der Geheimdienste für Venezuela und Kuba verließ, blieb er „Ehrenmitglied“ der CEIE in Ecuador. Bailey war und ist auch weiterhin „Berater“ der US-Regierung in Geheimdienstfragen.

Die CEIE unterhält enge Verbindungen mit den beiden wichtigsten indigenen Bewegungen in Ecuador – und auch mit den beiden politischen Bewegungen der „Linken“, die immer stärker die Regierung von Rafael Correa kritisieren und gegen sie opponieren.

Von den fünf Gründern der CEIE haben vier von ihnen zur Regierung der Vereinigten Staaten erstaunliche Verbindungen:

Ángel Medina ist Gründer und Präsident der Stiftung Q'ellkaj, einer anderen von der USAID und dem NED finanzierten Organisation, die versucht, die große indigene Gemeinde Ecuadors zu infiltrieren und Kräfte zu binden.

Fernando Navarro ist Präsident des Verbandes der Handelskammern von Ecuador, vertritt also offensichtlich Unternehmerinteressen und versucht, die indigene Gemeinschaft zugunsten des Finanzsektors zu beeinflussen. Der Verband der Handelskammern von Ecuador hat auch Finanzmittel vom NED und von der USAID erhalten.

Raúl Gangotena arbeitete als Berater der Weltbank, er war Stipendiat des US-amerikanischen Außenministeriums mit einem Fulbright-Stipendium, Botschafter von Ecuador in den USA von 2003 bis 2005 und Untersuchungsbeauftragter des NED im Jahr 2005 – dem Jahr, in dem die CEIE gegründet wurde. Merkwürdig ist, dass Gangotena zur gleichen Zeit Botschafter Ecuadors in den USA war, als er für den NED arbeitete. Dies beweist die tiefe Infiltration der USA in die ecuadorianische Politik.

Lourdes Tibán war Beraterin des Politischen Rats der ECUARUNARI, einer Gründungsorganisation des mächtigen Indigenendachverbandes CONAIE. Ihre Verbindungen zu NED und USAID beeinflussten zweifellos ihre Arbeit bei ECUARUNARI und CONAIE.

2009 und 2010 wurde die CONAIE zu einer der Hauptkräfte gegen die Regierung von Rafael Correa. Während des Putschversuchs vom 30. September gab die CONAIE eine Presseerklärung heraus, in der Präsident Correa für die politische Krise im Land verantwortlich gemacht wird. Ihr politischer Gegenpart PACHACUTIK gab eine andere Presseerklärung heraus, in der dieser Verband den Putschversuch unterstützt und zum sofortigen Rücktritt von Correa aufruft.

Die Rolle von Norman Bailey in den letzten Destabilisierungsplänen in Ecuador darf nicht unterschätzt werden. Die Anwesenheit dieses CIA-Veterans in einer mit dem Indigenen- und Unternehmereich Ecuadors verbundenen Organisation beweist, dass die USA weiterhin die Souveränität von Ecuador angreifen.



15.10.2010

Putschversuch in Lateinamerika

Saludos del Ecuador

Die Situation ist kritisch. De facto wurde von Seiten der Polizei Ecuadors versucht, am 30.09.2010 den amtierenden, demokratisch gewählten und sozialistischen Präsidenten Rafael Correa zu stürzen.

Von Charlotte Fellenberger und Luis Guerrero, Quito

Wir konnten die Geschehnisse hier aus erster Hand verfolgen. Bestimmte Bereiche der Polizei sind infiltriert. Eine Gesetzesänderung, welche vom Parlament verabschiedet wurde, wurde als Anlass genommen, besagten Putschversuch einzuleiten. Die Polizei besetzte das Parlament, sperrte die Straßen, setzte ihre Waffen gegen die eigene Bevölkerung ein, die sich in friedlicher Weise auf den Straßen versammelte um ihrer Solidarität zur Regierung und der Verteidigung der Demokratie Ausdruck zu verleihen. Präsident Rafael Correa gemeinsam mit seinem Kabinett suchten den Dialog mit Vertretern der Polizei, wobei er angegriffen, verletzt und gefangen genommen wurde. Der Präsident konnte dann am Abend mittels einer Spezialeinheit des Militärs aus dem Polizeikrankenhaus, befreit werden. Der Plan ihn im Kugelhagel zu ermorden schlug ebenfalls fehl.

8 Tote, darunter Zivilisten und ein Leibwächter des Präsidenten, sowie 45 Verletzte sind die Bilanz. Die Polizei Ecuadors hat noch von keiner vorherigen Regierung eine derart große Unterstützung nicht nur in monetärer Hinsicht erfahren. In nur drei Jahren wurden die Staatsgehälter u. a der Polizisten um das dreifache angehoben. Die Gesetzesänderung wurde mit Hilfe einer Desinformationskampagne lediglich als Vorwand genommen. In dem Gesetz geht es in Wirklichkeit um eine technische Reformierung der Staatsgehälter. Letztenendes ein Gewinn für die Polizei. Es wurden lediglich ungerechtfertigte Weihnachtsgeschenke, die nicht in Geld sondern in persönlichen Gegenständen ausgegeben wurden, gestrichen und der Wert den Gehältern zugerechnet. Dies wäre vergleichbar, wenn in Deutschland die Postangestellten an Weinachten alle eine Waschmitteltüte von Persil bekommen würden, und das auch noch vom Staat finanziert. Eine einseitige, korrupte Unterstützung bestimmter Sektoren der Wirtschaft.

Die protestierenden Polizisten kannten weder das Gesetz, noch haben sie sich mit ihrer arbeitsrechtlichen Situation befasst. Bei den Geschehnissen des 30 September 2010 hier in Quito handelt es sich keinesfalls um einen Streik oder eine Demonstration der Gewerkschaften, sowie es u. a. in Europa durch die abhängigen Medien verbreitet wird. Zweifelsohne sollte ein zweites Honduras etabliert werden. Der Rechtsstaat sowie die Demokratie in Ecuador befinden sind in Gefahr. Es handelt sich um einen, von ausländischen Interessen getragenen und gemeinsam mit der „Opposition“ geplanten Putschversuch. Ziel ist es, um jeden Preis das Land zu destabilisieren, die soziale Revolution zu verhindern, um ein undemokratisches, totalitäres, neoliberales Regime zu installieren, welches ausschließlich dem Kapital dient, menschenrechtliche sowie humanitäre Belange außer Acht lässt.

Rafael Correa und die aktuelle Regierung steht wie kein anderer Präsident mit Tat und Wort für:

- Armutsbekämpfung
- Korruptionsbekämpfung
- Chancengleichheit
- Soziale Gerechtigkeit

- Verbesserung des Gesundheitssystems
- Verbesserung des Bildungswesens

Rafael Correa ist ein Präsident des Dialoges, eben diese Tatsache wurde ihm am 30. September 2010 zum Verhängnis. Er genießt, wie kaum ein anderer Präsident vor ihm, die Anerkennung in der Bevölkerung. Er ist ein Präsident des Volkes, der Mehrheiten, und bedient nicht die Interessen einer kleinen oligarchischen Oberschicht. Aus diesen Gründen sollte er sterben. Einen Menschen kann man töten, aber eine Idee nicht.

Abschließend möchte ich noch bemerken, wir sind Spiegelabonnenten. Der Spiegel hat in jüngerer Geschichte u. a. über Venezuela und Bolivien berichtet, jedoch in einer einseitigen, plakativen und undifferenzierten Art und Weise. Die Präsidenten Chavez und Morales wurden als „Gaudilleros“ bezeichnet. Wir haben darüber hinaus eine eindeutige Tendenz zu rechtslastigen Kommentaren wahrgenommen.

Sofern der Spiegel jetzt zu den Geschehnissen am 30. September in Quito Stellung nimmt, erwarten und hoffen wir, dass dies in einer objektiven, an der Wahrheit orientierten Art und Weise getan wird, und hier keine Interessen bedient werden. Ich, Charlotte Fellenberger, bin Deutsche, lebe und kenne Ecuador seit 1992, beobachte, analysiere und verfasse u. a. Berichte, gehöre keiner Partei an, und erlebe den politischen Wandel aus nächster Nähe. Wir können uns glücklich schätzen, dass es den „Contras“ nicht gelungen ist, den Präsidenten zu töten. Zweifellos hätte dieses einen Bürgerkrieg zur Folge gehabt.